



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3spaltige Petitzeile 1,- Reichsmark Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Der Kampf geht weiter!

Bei unserer diesjährigen Betrachtung brauchen wir uns nicht so lange mit unseren häuslichen Angelegenheiten zu befassen. Gewiß geht uns das am meisten an, was in der Familie passiert, aber wir haben im vergangenen Jahr oft genug die Ereignisse Revue passieren lassen und wollen uns Wiederholungen sparen; sie könnten langweilig werden. In Erinnerung bringen müssen wir allerdings, was uns in diesem Jahre bevorsteht, obwohl bei vielen der Kolleginnen und Kollegen eine Gedächtnisfraktion unnötig ist. Die neuen Lohnverhandlungen im Buchdruck stehen - wenn man so sagen darf - vor der Tür, nur eine kurze Zeit der Vorbereitung ist uns gegeben. Müßen wir überhaupt erst Vorbereitungen treffen, steht nicht jeder und jede in Erwartung des Kommenden bereit? Wir denken: ja. Rufen wir doch unausgeseht, stehen wir doch ständig im Kampf, im großen wie im kleinen, gönnen wir uns doch eigentlich niemals Ruhe im Verbandsgebiet. Die Organisation erfordert ständig Bereitschaft, alle Kräfte müssen eingesetzt werden zu ihrer Stärkung und Festigung. Im Betriebsleben ist es nicht anders. Hier soll das vom Verband Erreichte ebenfalls befestigt und, wenn möglich, verbessert werden. Wir können bei unserm ständigen Kampf, denn das ist unser Leben, auch nicht auf einen verzichten, niemand ist zu wenig, daß er nicht mithelfen könnte. Auch die schwächste Kraft wird gebraucht.

Doch darüber hinaus stehen Aufgaben für das neue Jahr bereit, an deren Lösung wir kräftigen Anteil zu nehmen haben. Wir haben der Allgemeinheit gegenüber Pflichten und wir werden und müssen sie erfüllen. Die graphische Arbeiterschaft stand stets im vordersten Treffen und betrachtet es als ihre ehrenvolle Aufgabe, daß sie bei den wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen weiter die Sturmtruppe der freiorganisierten Arbeiterschaft bleibt. Hier wird sie im edlen Wettlauf mit den Arbeitsbrüdern anderer Berufe zeigen, daß sie über den engen Berufskreis hinaus den richtigen Blick für die Erfordernisse des Tages hat, fest und zäh Schulter an Schulter mit der ganzen deutschen Arbeiterschaft Gewonnenes nicht nur verteidigt, sondern erneut Gebiet gegen die Unternehmer und ihre Beauftragten gewinnt. Dazu einige allgemeine Betrachtungen.

Der wirtschaftliche Horizont ist noch düster bewölkt. Die wenigen Lichtpunkte, die sich an ihm zeigen, lassen noch keine besonderen Hoffnungen auf seine baldige völlige Aufhellung zu. Nach kurz vorübergehender Besserung der wirtschaftlichen Lage steigt die Arbeitslosigkeit wieder an. Bis zu welchem Umfange sie zunehmen wird, läßt sich nicht voraussehen. Die für November 1927 gemachten Stichproben des Statistischen Reichsamts ergeben noch für 37 Proz. der Betriebe einen guten, für 49 Proz. einen befriedigenden und nur für 14 Proz. einen schlechten Geschäftsgang. Ueberwiegend erstreckt sich die seitdem eingetretene Verschlechterung der Geschäftslage sowie das Anwachsen der Arbeitslosigkeit auf das Baugewerbe, die Baustoffindustrie und das Gärtnereigewerbe. In geringerem Umfange ist das Bekleidungs-, Spinnstoff-, Holz- und Schnitzstoff-, Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und die Lederindustrie davon in Mitleidenschaft gezogen. Das läßt annehmen, daß der wirtschaftliche Aufstieg nur eine durch die Jahreszeit bedingte Unterbrechung erfahren hat und die eingetretene Verschlechterung nur eine vorübergehende sein wird.

Von einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur sind wir trotzdem noch weit entfernt. Davon ist offenbar auch das Unternehmertum überzeugt. Im anderen Falle hätten es die Schwerindustriellen nicht gewagt, ihrer Arbeiterschaft mit einer so ungeheuerlichen Provokation entgegenzutreten, wie es durch den an das Reichsarbeitsministerium gestellten Stillelegungsvertrag geschah. Daran ändert nichts, daß dieses Vorgehen kaum ernst zu nehmen war. Müßten sie doch wissen, was auf dem Spiele stand, und selbst die ihnen in jeder Weise willfährige Rechtsblockregierung eine so schwere wirtschaftliche Erschütterung nicht zulassen

konnte, wie sie die Brotlosmachung von Hunderttausenden Arbeiterfamilien zur Folge haben mußte. Trotzdem war es ein frivoles Spiel mit dem Feuer, und nur die Besonnenheit der Arbeiter hat verhindert, daß es nicht zum verheerenden Brande gekommen ist. Dieses brutale, jeder wirtschaftlichen Verantwortlichkeit bare Vorgehen des Unternehmertums zeigt aber den Arbeitern, wessen sie sich von dieser Seite auch für die Folge zu versehen haben und wie sie alles daran setzen müssen, ähnlichen Absichten durch eine starke gewerkschaftliche Rüstung entgegenzutreten. Nur so werden sie in der Lage sein, die ihnen von dort aus aufgezwungenen Kämpfe erfolgreich zu bestehen.

An solchen Kämpfen wird es im neuen Jahre nicht fehlen. Diese werden sich nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiete abspielen, ist doch das Jahr 1928 ein ausgesprochenes Wahljahr. Der Reichstag geht seinem Ende entgegen und es ist nicht ausgeschlossen, daß es sehr plötzlich kommen kann. Die Arbeiter werden sein Verschwinden nicht bedauern, ebensowenig wie das der gegenwärtigen Rechtsregierung. Diese hat in nur zu vielen Stücken lässlich verlagert und außer bei den Ruhrindustriellen sowie den Großagariern nirgends Freunde erworben. Die Arbeiter, Beamten, der Mittelstand, die Klein- und Sozialrentner, die Invaliden, die Witwen und Waisen der Kriegssopfer sind von ihr auf das Schwerste enttäuscht worden. Das gleiche Ergebnis hatte die Politik der Rechtsparteien und der von ihnen gebildeten Regierung in den Ländern. Auch hier werden in weitem Umfange Neuwahlen zu den Landtagen stattfinden, desgleichen bei zahlreichen Gemeinden.

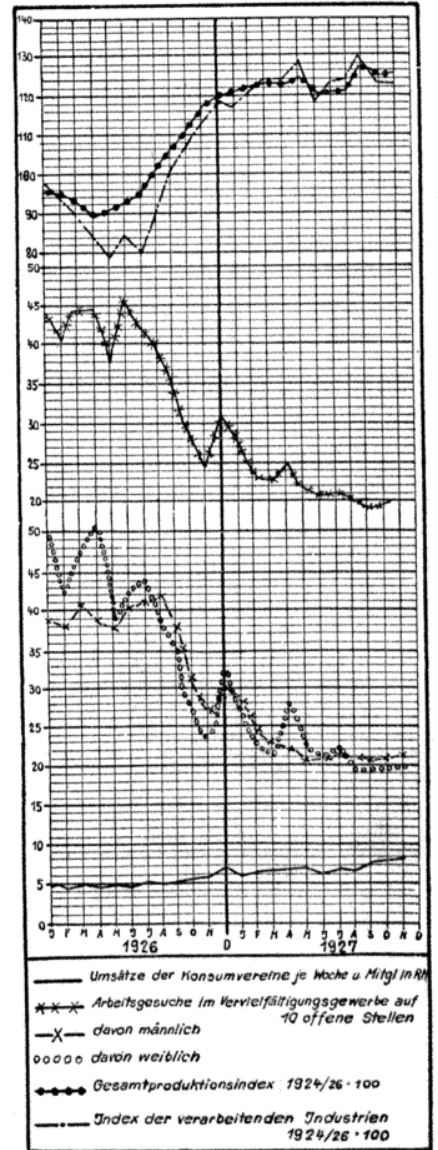
Die bürgerlichen Rechtsparteien befinden sich in einer schwierigen Lage. Der von ihnen bei den letzten Wahlen verübte Betrug an den Wählern, mittels dessen sie die Regierung in die Hand bekamen, beginnt sich zu rächen. Wie die in den letzten Monaten vorgenommenen Wahlen zeigen, wenden sich überall die Wähler von ihnen ab. Besonders die deutschnationalen Stimmen weisen einen starken Rückgang auf. Mit neuen Versprechungen ist hier nichts zu retten, auch der Hugenbergische Benebelungsplan dürfte dazu nicht geeignet sein. In den nationalen Kreisen herrscht deshalb allgemein eine sehr gedrückte Stimmung. Dennoch wäre es für die arbeitenden Volksschichten falsch, sich verfrühten Siegeshoffnungen hinzugeben. Die Deutschnationalen, wie die übrigen Parteien des Bürgerblocks werden alles daran setzen, um ihre feitherrige Position sowie damit ihren Einfluß auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu erhalten. Die politische Dummheit weiter Wählerkreise, insbesondere der indifferenten Volksschichten kommt ihnen dabei weitgehend zuflatten. Es wird daher einen schweren Kampf geben und eine umfassende Aufklärungsarbeit notwendig sein, um neue Betrugsmänner der Rechtsparteien unwirksam zu machen.

Mit dieser Aufklärungsarbeit kann nicht früh genug begonnen werden. Erfahrungsgemäß reicht die kurze Zeit der Wahlagitacion nicht aus, um auch an den letzten Wähler heranzukommen. Außerdem haben wir mit der politischen Indifferenz großer Wählermassen zu rechnen. Die Wahlschleier ist trotz aller schlechten Erfahrungen besonders in den arbeitenden Kreisen ein nur zu verbreitetes Uebel. Und gerade diese Wahlschleier haben den Deutschnationalen wie den deutschvolksparteiischen Demagogen zum erheblichen Teile zu ihren bisherigen Erfolgen verholfen, die sich in so nachteiliger Weise für die Arbeiter auswirkten. Diesem Uebel mit allem Nachdruck zu begegnen und die wirtschaftliche und politische Aufklärung in die breiten Massen der Arbeiter zu tragen, sind neben der politischen Tagespresse besonders die Gewerkschaften berufen. Es muß den Arbeitern klar gemacht werden, daß Politik und Wirtschaft untrennbar miteinander verbunden sind. Die gewerkschaftliche Arbeit muß in erheblichem Maße nutzlos sein, wenn es nicht gelingt, politisch die Voraussetzungen für wirtschaftliche Erfolge zu schaffen. sowie diese gefegeberlich zu verankern. Das ist den Arbeitern zum Bewußtsein zu bringen, vor allem den Unorgani-

fierter, die, wenn auch zum großen Teile unbewußt, dem wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse noch immer hemmend im Wege stehen. Der von der organisierten Arbeiterschaft bislang geführte Kampf gegen die Ausbeutungs- und Unterdrückungsabsichten der Unternehmer geht weiter! Politisch und wirtschaftlich müssen wir ihn mit ungeschwächten Kräften fortsetzen. Die bisher erzielten Erfolge geben uns die Gewißheit, daß wir nicht umsonst kämpfen. Das große Ziel der modernen Arbeiterbewegung, die Befreiung der arbeitenden Volksschichten vom kapitalistischen Joch vor Augen, braucht uns vor der Zukunft nicht bange zu sein!

Wirtschaftsjahr 1927.

Das Wirtschaftsjahr 1927 wird durch eine überraschende und nachhaltige Besserung auf



unfern Arbeitsmärkten gekennzeichnet. Von je 100 Mitgliedern der Arbeiterfachverbände waren im Anfang 1926 nur rund 70 voll beschäftigt. Auch die

Belebung der Kohlen- und Eisenindustrie im Laufe des Jahres 1926 konnte die allgemeine Lage auf den Arbeitsmärkten kaum nachhaltig beeinflussen. Mit rund 81 Vollbeschäftigten pro 100 Mitglieder der Arbeiterfachverbände gingen wir in das Wirtschaftsjahr 1927 hinein. Dann tritt aber bereits im ersten Vierteljahr des Jahres 1927 ein merkbarer Umschwung ein, der darin seinen Ausdruck findet, daß Ende 1927 von je 100 Mitgliedern der Arbeiterfachverbände über 95 voll beschäftigt sind. Der Andrang auf je 10 offene Arbeitsstellen macht im Anfang 1926 noch rund 80 aus. Er beträgt im Anfang 1927 noch immer 65, um bis Ende des Jahres 1927 auf 23 abzusinken. Diese Entwicklung findet ihren besonderen Ausdruck in der Gestaltung des Arbeitsmarktes im Bereich der **Berufs- und Gewerbe**. Das Reichsstatistische Amt meldet bereits im Frühjahr 1927 für dieses Gewerbe eine äußerst gute Beschäftigung. Bis Ende des Jahres 1927 wird von der genannten Amtsstelle eine Veränderung nicht konstatiert. Bei den männlichen Beschäftigten wird im Januar 1927 noch ein Andrang pro 10 offene Stellen von 28 festgesetzt. Die Zahl sinkt bis Ende 1927 bis auf 20. Bei den weiblichen Beschäftigten sinkt die Zahl von 27 auf 19. Diese Entwicklung ist ein besonderes Zeichen dafür, daß die günstige Konjunkturalentwicklung im Jahre 1927 auf dem Inlandsgeschehen beruht.

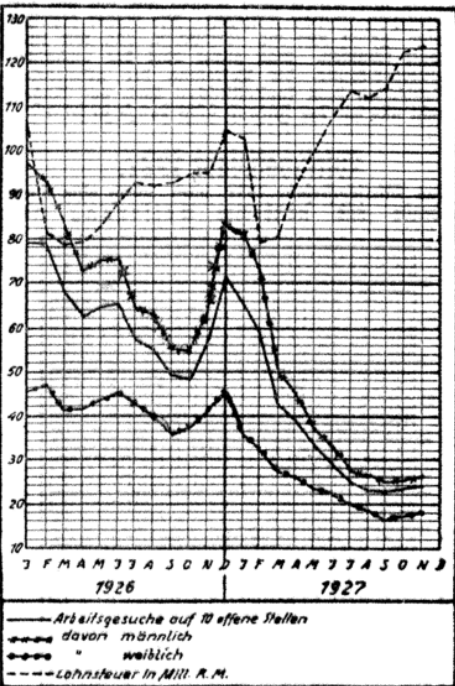
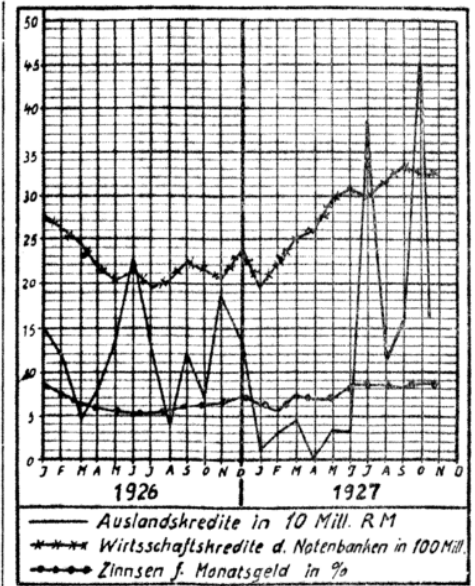
Die Ursachen, die zur Anturbelung des deutschen Wirtschaftslebens führten, sind bekannt. In England kam es in der Kohlenindustrie zwischen Arbeitgeber-

syndikat über. Die deutsche Kohlenproduktion steigerte sich zur Zeit des englischen Bergarbeiterkampfes um gut 4 Millionen Tonnen auf 14 000 000 Tonnen im Monat. Diese großzügige Anregung des deutschen Kohlenbergbaus übertrug sich automatisch auf die anderen Industrien, zuerst auf die Industrien der Grundstoffe, dann aber auch auf die verarbeitenden Industrien. Der gesamte Produktionsindex macht, 1924/26 = 100 gesetzt, im Frühjahr 1926 nur 95,4 aus; er steigt sich bis Jahresende 1927 auf über 125. Der Anstieg der verarbeitenden Industrien stellt sich im Anfang des Jahres 1926 auf 97,5. Er wächst bis gegen Ende des Jahres 1927 auf über 127 an. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt unter Einfluß dieser Entwicklung schnell ab; die Kurzarbeit vermindert sich. Die Lohnsteuer, die im ersten Vierteljahr des Jahres 1926 nur rund 78 Millionen Mark pro Monat erbringt, steigert ihr Aufkommen im April 1927 auf 100 Millionen, im Mai auf 108 Millionen, im Juni auf 114 Millionen und im September 1927 auf 123 Millionen. Selbst im Monat November, wo der Arbeitsmarkt in Deutschland schon von den Verschlechterungen in den Außenberufen (Landwirtschaft, Baumarkt usw.) betroffen wird, ist eine Steigerung im Aufkommen aus der Lohnsteuer um 0,6 Millionen Mark auf über 124 Millionen Mark festzustellen. In diesen Zahlen spiegelt sich eine allgemeine Belebung der deutschen Wirtschaft wider. Ein besonderes Zeichen dafür ist, daß sich im Laufe des Jahres 1927 die Umsätze der Konsumvereine als Mitglieder dauernd erhöht haben. Der Umsatz wird für den Anfang des Jahres 1926 mit 4,40 Mt. je Mitglied und je Woche angegeben. Es tritt bis Ende des Jahres 1927 eine Erhöhung auf über 7,80 Mt. ein. Die Unternehmer haben immer wieder versucht, die Konjunkturalentwicklung im Jahre 1927 als isolierte Erscheinung hinzustellen, die bald verfliegen sei, weil sie sich auf besondere Wirtschaftszweige der schmeren Industrie beschränken. Gegen diese Auffassung spricht die statistische Feststellung.

Angeht die glänzenden Wirtschaftszahlen des Jahres 1927 muß natürlich die unternehmerliche Propaganda und Wisenscherei verstummen. Das Unternehmertum aber hat diese Mittel nötig, um die Lohnforderungen der Arbeiterschaft abzuwehren und die geplante sozialpolitische Sabotage durchzuführen. Deshalb hat man das Schlagwort von der Selbstkostenkrise erfunden. Das Unternehmertum behauptet nämlich heute, die Untkosten, die Gestehungskosten wären derart gestiegen, daß die Rentabilität der Betriebe beeinträchtigt wird (Selbstkostenkrise). Es führt diese Entwicklung auf die steigenden Löhne und auf das Wachsen der steuerlichen und sozialpolitischen Belastung zurück. Die wirtschaftlichen Spitzenverbände haben auch unter Führung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ein Rotprogramm ausgearbeitet, das zur Senkung der steuerlichen Abgaben die Berufung eines Finanzdiktators vorseht. Die Arbeiterschaft muß sich darüber klar sein, daß der von der Industrie gewünschte Finanzdiktator zugunsten des Unternehmertums und auf Kosten der Arbeiterschaft „reorganisieren“ wird. Sehr wahrscheinlich würde die Abdrosselung der Lohnbewegung seine erste Aufgabe sein.

Durch solche Maßnahmen wird aber nur das Uebel in unserer Wirtschaft verdeckt, das man heute als Selbstkostenkrise bezeichnet. Ohne Zweifel hat sich das Maß der Gestehungskosten in unserer Wirtschaft unter Einfluß der guten Konjunktur im Jahre 1927 stark verändert. Die Produktion nahm einen solchen Umfang an, daß der im Betrieb befindliche Wirtschaftsapparat in Deutschland nicht mehr instand war, den Anforderungen nach Waren und Gütern zu genügen. Um der Nachfrage nachzukommen, griff man auf die

während der Rationalisierungsperiode stillgelegten, sozusagen in Reserve gehaltenen Betriebe zurück. Diese Betriebe mußten aber viel teurer produzieren als die rationalisierten Betriebe, die durch die wirtschaftstechnische Umstellung auf möglichste Niedrighaltung der Selbstkosten eingestellt sind. Durch Heranziehung der Reservebetriebe erhöhen sich selbstverständlich die Gestehungskosten. Das kann unter Umständen zu



und Arbeitnehmern zu großen Auseinandersetzungen in der Lohnfrage, die zu einem Streik führten, der mehrere Monate dauerte. Dadurch waren die englischen Kohlenexporteure nicht mehr in der Lage, den Weltmarkt mit Kohle zu beliefern. Die Aufgabe ging in der Hauptsache auf das rheinisch-westfälische Kohlen-

jener Entwicklung führen, die man als Selbstkostenkrise bezeichnet.

Wir sind aber der Auffassung, daß die deutsche Wirtschaft noch weit von diesem Punkt entfernt ist. Dafür spricht vor allem, daß die Zahl der ehemals stillgelegten und jetzt wieder in Gang gesetzten Betriebe äußerst gering ist. Sofern diese Betriebe dennoch einen Einfluß auf die Wirtschaftsentwicklung ausüben, kann es sich vorerst höchstens um eine Einschränkung der Profitquote handeln. Auch die dürfte derart minimal sein, daß sie keinen krisenhaften Charakter hat; zumindest brauchen die Produktionskosten davon nicht berührt werden. Daß das Unternehmertum sich aber, aus rein konjunkturellen Gründen heraus, mit einer Verringerung der Profitquote vertraut machen muß, liegt auf der Hand. Ohne Zweifel ist es im Laufe der Konjunktur 1927 zu einer Ueberproduktion gekommen. Die Mehrproduktion muß, wenn sie nicht Rückschläge in der Wirtschaft auslösen soll, ihren Weg ins Ausland in den Export finden. Nun war die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung und die Wirtschaftsführung unserer Unternehmer seit je darauf angelegt, die deutschen Preise derart zu steigern, daß viele deutsche Waren im Auslande zu teuer und nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Wenn wir also den Export steigern wollen, muß das Unternehmertum auf seine überreichte Profitquote verzichten, um den Wettbewerb der deutschen Waren auf den Weltmärkten zu ermöglichen.

Eine viel größere Gefahr droht der Konjunkturalentwicklung von der Seite des Geldmarktes. Während der ganzen Krise 1925/26 hatten wir in Deutschland einen äußerst flüssigen Geldmarkt. Kapital, das in der Wirtschaft keine Anlage fand, floß

— Annemarie. —

Ich kam an die Stätte meiner Kindheit und ich rief: Die Freunde meiner Jugend, wo sind sie? — Und ein Echo antwortete: Wo sind sie?

Ich bin wieder einmal die alten Wege gegangen. Die breite Landstraße entlang, wo wir als Jungen Kirchen kaufen, wo wir am Straßengraben Futter für unsere Kaninchen suchten, hin zur Bergarbeiterkollonade. Die Schächte rauchten, über die Felder klang das eindringliche Klappern der Breitenpressen. Und zu Klang ein schriller Pfiff der Förderbahnlokomotive durch die Stille des Nachmittags. In Gedanken verlor ich mich. Der feine Staub der Braunkohle, der Gräser und Bäume bedeckte, wirbelte in kleinen Wolken um meine Wanderhüte. Ruhig und grau ist meine Heimat, die Heimat des Bergmannsfindes. Und doch liebe ich sie, wie ich der Hallig-benohner auch nicht von seiner Insel trennen kann, die ihm nur Not und Sorge bereitet. Wie anheimelnd war alles um mich her, mit stiller Behmut irten meine Gedanken zögernd wie durch fernem Nebel weit, weit in die Vergangenheit. Ich sehe mich als Junge von zwölf Jahren, wie ich damals barfuß die gleiche Straße entlang ging. Und die anderen Kinder der Bergarbeiter: Wo sind sie? — Nur wenige sind noch da. Die anderen sind fort in alle Welt. Einige sind gar in Amerika. Andere in der Stadt als Fabrik- und Bauarbeiter. Warum? — Der gefährliche Beruf des Bergmannes wird heute so schlecht bezahlt. Sie sind Amabenen geworden, wie auch ich einer geworden bin. Das ist das Proletariat, daß es uns von der Scholle entreißt, daß wir heimlos, unsittig und süchtig werden. Dahin sind die Jungen und Wädeln von damals. Ich habe die Siedlung erreicht. Da liegen sie vor mir, die Bergarbeiterhäuser. Schmucklos und höchst einfach sind sie erbaut. Sie sind von der Leitung des „Glück-auf“-Schachtes errichtet worden.

Und die Bergverwaltung fand keine Ursache, für ihre Leute freundliche Wohnungen zu errichten. In den Höfen flatterte Wäsche im Winde. Die Bewohner haben sich aus altem Grubenholz Stühle für ihre Ziegen, Kaninchen und Hühner gebaut. Die Kaninchen besonders, die sind der Stolz der Bergleute. Wie froh ist die Familie, wenn einer von diesen nützlichen Geschäften Sonntags in der Pfanne bratet. Vor den Häusern sind Gärten. Darin blühen Sonnenblumen und Georginen. Und die Arbeiterfrau pflanzt darin ihre Küchenpflanzen. Dies ist alles wie einst. Aber die Menschen sind meist andere heute. Aber sie haben das gleiche Schicksal, die gleichen Entbehrungen wie unsere Väter. Da steht das Haus, in dem meine Eltern damals wohnten. Und gegenüber in der Wohnung, von deren Fenstern Kletterwinden herunterwachsen und Petargonien blühen, wohnte Annemarie mit ihren Eltern. Annemarie, du wollest, tapferes Arbeiterkind, du bist mir zum Symbol geworden für die Lebensgeschichte der Arbeiterschaft. Deine Jugendjahre waren Not und graue Sorge. Du hast, ohne daß du es wußtest, dem Arbeiterjugend von damals Ziel und Richtung für seine spätere Weltanschauung gegeben. Wie es kam? Ich muß weit zurückgehen. In einem Sommertage zogen meine Eltern in der Siedlung ein. Auf einem Weiterwagen waren die Möbel verpackt. Und ich sah hoch oben darauf und zog so in die neue Heimat ein. Mein Vater hatte im „Glück-auf“-Schacht Arbeit genommen und in den Werkschülern Wohnung gefunden. Wohnungsveränderungen, der größte Berg der Erwachsenen, für uns Kinder bedeuteten sie eine große Freude. Da gab es neue Knabenabenteurer, neue Bekanntschaften, und die ganze Umgebung atmete den Reiz des Unerforschlichen. Wir hatten in einem Vierfamilienhaus im ersten Stock unsere neue Wohnung. Uns gegenüber wohnte Annemarie. Kinder gab es viel im Hause. Wir selbst waren damals zehn Geschwister. Unter uns wohnte ein Erzieher, ein armer Teufel, der drei-

zehn Kinder sein eigen nannte. Diese Kinder fürchteten ihren Vater mehr als den Tod. Gar oft war ich Zeuge, wie der mürrißige, vom Leben verbitterte Mann seine Kinder wegen oft geringfügigen Ursachen brutal verprügelte. Wenn ihr Vater abends von der Schicht kam, verdröhnen sich seine Kinder vor Angst zitternd in alle Ecken und Winkel. Da war der Nachbar an anderer Kerl. Im Schacht, wo jeder seinen Spitznamen hat, war er der „Kammerreind“ getauft worden. Und ein Kinderfreund war er in der Tat. Hatte er Nachtsicht, so waren wir am Nachmittag oft in seiner Wohnung. Mußte er früh einschlafen, so waren wir am Abend dort zu finden. Das war ein freundlicher Mann und ein Bakker und Universalgenie dazu. Was gab es in seiner Wohnung nicht alles zu sehen. Da hingen Käfige, die er alle selbst gebaut hatte. Darin zwitscherten Zeigige, Hänflinge und Kanarienvögel. Ein Aquarium hatte er auch und einen Glaskasten mit postlerischen weißen Mäusen. Seine sonst grundgütige Frau schimpfte zwar oft über die tollpfeiligen Liebhabereien ihres Mannes, aber diese ihm abzugewöhnen war unmöglich. Kinder waren dem guten Manne verjagt gelieben und so brauchte er etwas, um seinem Leben Sinn und Inhalt zu geben. Er war ein Meister in allen Handfertigkeiten. Er reparierte Schuhe, Uhren und Grammophone, baute Kaninchenställe und war ein Fachmann in allen Gartenfragen und der Kleintierzucht. O, er war nicht dumm, der „Kammerreind“. Mit der Leutseligkeit verstand er vortrefflich umzugehen, baute Bilderahmen aus Zigarrentistenholz oder zu Weihnachtsspielsachen für uns Kinder oder kunstvolle Weihnachtstuppen und Pyramiden, wie sie in seiner vogelartigen Heimat üblich waren. Bei diesem freundlichen Manne sah ich Annemarie zum ersten Male. Damals war sie noch braun-gebrannt, pausbackig und lebensfroh. Lange Desreggerhüte mit einfachen Haarflechten hingen ihr den Rücken hinunter. Sie hatte noch vier Geschwister. Die älteste



auf den Geldmarkt ab und stand zu guter Letzt der deutschen Spekulation gegen billigen Zins zur Verfügung. Ausganges der Krise 1925 und 1926 erleben wir in Deutschland die billigsten Zinssätze der Stabilisierung. Die Flüssigkeit des Geldmarktes wurde durch Auslandskapital gesteigert. Die großen Unternehmungen in Deutschland benutzten die Gunst der Lage, um große Anleihen in Amerika, Holland usw. aufzunehmen. Dieses Geld floß aber erst allmählich in die eigentliche Wirtschaft und machte gewissermaßen erst eine Zwischenstation auf dem Geldmarkt durch. Aus dem flüssigen Geldmarkt heraus wurden dann die beispiellosen Börsenhäufen finanziert. Die Belebend der Wirtschaft änderte das Bild völlig. An den Börsen kam es zu den bekannten Krachs; die Ausflüchten, an der Börse Gewinne zu machen, verringerten sich, und so wanderte das Kapital in die Wirtschaft ab, deren Geldbedarf sich von Woche zu Woche steigerte. Am Geldmarkt, der während der ganzen Krise 1925/26 äußerst flüssig war, verknappte sich das Geld. An die Reichsbank und die übrigen Notenbanken wurden die größten Anforderungen hinsichtlich der Wirtschaftskredite gestellt. Im Herbst 1927 hatte man fast den Eindruck, als ob die Reichsbank ihre Wirtschaftskredite überspannt habe. Der Reichsbankpräsident greift auch durch Erhöhung des Zinssatzes, des Reichsbankdiskonts, ein.

Damit hat die Reichsbank die Aufgabe, die deutsche Wirtschaft mit Kapital zu versorgen, im Grunde genommen auf das Ausland übertragen. Der natürliche Vorkurs wird aber durch die Auslands-kreditpolitik der Reichsbank und der Reichsregierung gehemmt. Durch die Einrichtung der Beratungsstelle für Auslandsanleihen beim Reichsministerium wurde den Betrieben der öffentlichen Hand schon seit Jahr und Tag der Weg zum ausländischen Kapitalmarkt verschlossen, während die großen privaten Betriebe sich hinreichend eindecken konnten. In diesem Tatbestand liegt eine durchaus falsche Kapitalverteilung, die für unsere Konjunkturentwicklung sehr wahrscheinlich recht bedenklich werden wird. Fest steht, daß sich die deutschen großen Konzerne und Trusts mit Auslandskapital überkommen haben und es heute zur weiteren Ausdehnung ihrer Macht benutzen, die durchaus spekulativ ist. Dadurch gehen die im Ausland aufgenommenen Kapitalien für die Volkswirtschaft verloren, während die öffentlichen Betriebe unter Mangel an Kapital leiden. Unleugbar liegt in dieser Zerteilung ein Keim zu einer ernstlichen Wirtschaftskrise, der nur durch eine sachliche Verjüngung der deutschen Wirtschaft mit Kapital keinen Stachel verlieren kann.

Sozialpolitische Fortschritte im Jahre 1927.

Gegenüber dem Jahre 1926 war das vergangene Jahr nach einer Richtung hin zweifellos weniger belastet: die Arbeitslosigkeit erreichte nicht annähernd den Grad, den sie in den entsprechenden Monaten des Vorjahres aufwies. Die Höchstzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge betrug im Jahre 1926 2 058 853 (15. Februar 1926), die niedrigste Zahl 1 308 293 (1. November 1926). Im Jahre 1927 dagegen wurde der Höchststand erreicht mit 1 978 029 Hauptunterstützungsempfängern (davon 38 164 in der Krisenfürsorge) am 15. Januar 1927, und der tiefste Stand mit 420 258 Hauptunterstützungsempfängern (davon 90 524 in der Krisenfürsorge) am 15. Oktober 1927.

Während diese Zahlen geschrieben werden, wächst allerdings die Winterarbeitslosigkeit erheblich an und

hat bereits wieder die Zahl von einer Million Hauptunterstützungsempfängern überschritten. Immerhin beweisen die angeführten Zahlen, daß das Jahr 1927 nicht im gleichen Maße wie das vorhergehende ein Jahr der Krise auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft gewesen ist. Im Gegenteil hat die gute Konjunktur in manchen Industrien überraschend lange angehalten. Es ist insoweit kein Zufall, daß das vergangene Jahr auch in sozialpolitischer Hinsicht ein ertragreiches gewesen ist.

Dieser sozialpolitische Ertrag ist einmal zu suchen in den Erfolgen zahlreicher Arbeitskämpfe, die von den Gewerkschaften im vergangenen Jahre mit dem Ziel einer Arbeitszeitverkürzung oder Lohnerhöhung durchgeführt wurden. Er spiegelt sich auch wider in dem erfreulichen Anwachsen der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder. Er findet schließlich einen deutlichen Ausdruck auch in einer Reihe von gesetzgeberischen Maßnahmen. Noch aus dem Jahre 1926 stammte die gewerkschaftliche Aktion, die auf eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit durch das sogenannte Rotgesetz hinauslief. Das am 9. April von der Reichsmehrheit verabschiedete Gesetz trug diesen Forderungen allerdings nur in sehr beschränktem Umfang Rechnung. Von den vielen Ausnahmen vom Achtstundentag, die die bislang geltende Verordnung über die Arbeitszeit zuließ, wurde eigentlich nur beseitigt die Straflosigkeit der Annahme freiwilliger Mehrarbeit. Im übrigen wurden die Möglichkeiten zur Ueberfretung des

EURE FILMBERICHTERSTATTUNG IST DIE "VOLKSWOCHENSCHAU"

Achtstundentages kaum eingeengt. Dagegen wurde allerdings zum ersten Male eine gesetzliche Verpflichtung begründet, Ueberstunden mit einem Zuschlag zu bezahlen. Entgegen der Vorschrift des Washingtoner Abkommens wurde jedoch nicht ein Zuschlag von mindestens 25 Proz. für alle Arten von Mehrarbeit festgelegt, sondern bestimmte Ueberarbeiten wurden ganz zulagsfrei gelassen, für die anderen wurde die Möglichkeit einer Herabsetzung des Zuschlags durch Entscheidung des Schlichters offengelassen. Das Gesetz brachte also insofern keinen wesentlichen Fortschritt. Immerhin enthielt es Konzeptionen, die einer stark unternehmerfreundlichen Reichsmehrheit nur durch äußersten Druck abgerungen werden konnten.

Anders lagen die Dinge bei dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, das neben dem am 23. Dezember 1926 verabschiedeten Arbeitsgerichts-gesetz das größte arbeitsrechtliche Gesetzeswerk der letzten Jahre darstellt. Sozialpolitisch gesehen, überträgt es wohl sämtliche Geleise der Nachkriegszeit an Bedeutung, mit Ausnahme vielleicht der Tarifvertragsverordnung. Das am 16. Juli 1927 mit großer, sogar verfassungsändernder Mehrheit verabschiedete Gesetz stellt die öffentliche Arbeitsvermittlung und die öffentliche Versicherung Arbeitsloser auf eine völlig neue Grundlage. In der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist ein zentralistischer, sich über das ganze Reich ausdehnender Selbstverwaltungskörper geschaffen, dem die auch volkswirtschaftlich eminent wichtige Aufgabe einer planmäßigen Vermittlung, also einer Arbeits-

marktpolitik, und der Durchführung der Arbeitslosenversicherung —, also der Befriedigung von durch Beitragsleistung erworbenen Rechtsansprüchen auf Arbeitslosenunterstützung übertragen worden ist. Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bedeutet ebenso wie das Arbeitsgerichts-gesetz eine entscheidende Etappe auf dem Wege zum Kollektivismus, d. h. zur wirtschaftlichen Selbstverwaltung im Staat und mit Hilfe des Staates.

Neben diesen größeren Gesetzen sind noch eine Reihe von wichtigen Verordnungen ergangen, die sich wiederum mit der Frage der Arbeitszeit befassen. Auf Grund des § 7 Abs. 2 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 (geändert durch das Gesetz vom 9. April 1927) wurden folgende Verordnungen erlassen: Verordnung über die Arbeitszeit in Gaswerken vom 9. Februar 1927, Verordnung über die Arbeitszeit in Metallhütten vom 9. Februar 1927, Verordnung über die Arbeitszeit in Glas- und Glaskleberien vom 9. Februar 1927, Verordnung über die Arbeitszeit in Stahlwerken, Walzwerken und anderen Anlagen der Großindustrie vom 16. Juli 1927. Während die ersten drei Verordnungen am 1. April 1927 in Kraft getreten sind, gilt die letzte erst vom 1. Januar 1928 ab, allerdings mit den bekannten Einschränkungen, die vom Reichsarbeitsminister in der künftigen Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern der Großindustrie gemacht worden sind. Durch die vier Verordnungen wird für die in Frage kommenden Industrien das Dreischichtensystem wieder eingeführt.

Als ein weiteres sozialpolitisches Ereignis von einiger Bedeutung ist schließlich noch das Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft vom 16. Juli 1927 zu nennen, durch das ein erhöhter Schwangerschutz garantiert wird.

Neben diesen vollzogenen Akten der Gesetzgebung war das vergangene Jahr bereits mit den Beratungen über mehrere andere große Gesetze belastet, die gleichfalls die Arbeitnehmerchaft aufs unmittelbarste betreffen. Der Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes, der auch eine Neuregelung der gesamten Arbeitszeitfragen enthält, beschäftigte den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat in ungezählten Sitzungen, ohne daß brauchbare Mehrheitsgutachten zustande kamen. Von den Gewerkschaften wurde der Entwurf vor allen Dingen wegen seiner durch allzu viele Ausnahmebestimmungen verschuldeten Unübersichtlichkeit abgelehnt. Bekämpft werden mußte von den Gewerkschaften auch der Entwurf des Berufsausbildungsgesetzes, der insbesondere den entscheidenden Mangel aufweist, daß er die Berufsausbildung an die Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, also an Berufsvertretungen der Unternehmerchaft angliedern möchte. Die Gewerkschaften weisen demgegenüber darauf hin, daß hier eine neue Aufgabe für die Arbeitsämter gegeben ist, die mit den ihnen bereits übertragenen durchaus im Einklang steht.

Hinter diesen Entwürfen, die der Gesetzgebung harren, stehen andere nicht minder wichtige Gesetzesentwürfe. Seit Jahren spielt sich im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat der Kampf um die Bildung eines endgültigen Reichswirtschaftsrates ab. Als große Aufgaben stehen ferner noch bevor, die Schaffung eines Arbeitsvertragsgesetzes, eines Berufsvereinsgesetzes, die Neuregelung des Schlichtungswesens und Verbesserungen des Betriebsratsgesetzes. Die Sozialpolitik ist also noch keineswegs geschaffen. Aber ein gutes Stück auf diesem Wege hat auch das Jahr 1927 uns weitergeführt.

Schwester war aus der Schule und diente bei einem Bäcker im Dorfe. Die anderen drei, zwei Mädchen und ein Knabe, waren jünger als Annemarie. Ihr Vater war mit zunehmenden Jahren kränklich geworden, da er im Schacht früher einmal einen schweren Unfall erlitten hatte. So verging die Zeit. Als das Korn auf den Feldern gemäht war, zogen wir Arbeiterkinder hinaus und sammelten Ähren, die wir in der Mühle gegen Mehl umtauschten. Waren wir fleißig, so hatten wir zu Weihnachten viele Christstollen. Es wurde Herbst. Und da begann das Unglück in Annemaries Familie. Ihre große Schwester, die bei dem Bäcker in Stellung war, wurde eines Morgens in ihrer Kammer tot im Bett gefunden. Woran war sie gestorben? Das wurde uns Kindern nicht erzählt. Heute als Erwachsene weiß ich es. Unsere Väter und Mütter sprachen über den Tod des jungen Mädchens. Und wenn sie auch das Gespräch abbrachen, wenn wir zugegen waren, manches Wort blieb doch in dem Gemüt des Kindes haften. Das junge Mädchen hatte mit dem Sohne eines Großbauern ein Verhältnis gehabt. Und es kam, wie es kommen mußte, sie wurde gebzwängert. Und an den Folgen eines Eingriffes war sie verblutet. Der Bauernsohn hatte einen guten Anwalt, bei der folgenden Gerichtsverhandlung sagte er aus, daß er von dem verbotenen Eingriff nichts gewußt habe. Er wurde freigesprochen. Aber die kleinen Leute im Dorf und in der Siedlung wußten das Gegenteil. Eines Tages fehlte die kleine Schwester Annemaries in der Schule. Sie war krank. Der Arzt wurde aus der Stadt geholt. Und eine unheimliche, verderblichernde Nacht ging durch das Arbeiterhaus, schließlich durch alle Winkel, Entsetzen hinter sich lassend: Typhus! Die Krankheit des Kindes überverleumdete sich, am nächsten Tage lagte auch der Knabe über schmerzhaftem und Schüttelfrost und am Abend legte die Mutter. Wir waren vor Schreck wie gelähmt. Den ganzen Tag gingen wir Kinder vor Furcht nicht aus dem Hause.

Am nächsten Tage kam ein Wagen aus der Stadt. Mehrere Männer kamen herauf, legten die Kranken auf Tragbahnen und brachten sie in den Wagen. Sie wurden ins Krankenhaus gebracht. Dort sind sie nur wenige Tage geblieben, dann sind sie gestorben, alle drei. Am Nachmittag kam ein Radfahrer aus der Stadt und brachte die schreckliche Nachricht. Sie wirkte entsetzlich. Annemaries Vater schlug sich mit Fäusten vor die Stirn und murmelte vor sich hin in seiner süddeutschen Mundart: Is dös a Kreuz, is dös a Kreuz! Was soll ich machen. Ich kann doch ke Wirtschaftlerin halten! Es ist nun einmal so im Arbeiterleben, daß der Mensch bei schwersten Schicksalsschlägen zuerst an die wirtschaftlichen Folgen denkt. Am Boden lag Annemarie. Sie hatte die Hände um ein Tischchen geschlungen, weinte herzzerbrechend und wimmerte leise: Meine Mutter, meine Mutter! Wiltst. Gestell! — — — Im Nebenzimmer lag das vierjährige Schwesterchen Annemaries, es hatte die Händchen zu Fäustchen geballt und schlief ruhig und tief. Sein unschuldiges Gemüt ahnte noch nichts von dem unerbitlichen Schicksal, das ihm sein heiligstes und Teuerstes, die Mutter genommen hatte. Dieses erste Erlebnis von Amans kann ich, wenn ich hundert Jahre alt werden sollte, nie vergessen. Am nächsten Tage fuhr eine Frau aus dem Hause mit den Kindern in einem Bauernwagen in die Stadt und kaufte ihnen dort Trauerkleidung. Annemaries Vater fuhr zu einem Verwandten, um sich dort einen schwarzen Anzug und Geld zu borgen. Dann kamen Kinder und Erwachsene, brachten Kränze und Topfpflanzen und bedauerten das Mädchen. Dann war das Begräbnis. Das Kleine war bei einer Familie im Hause, Annemarie und ihr Vater fuhren mit den Anverwandten in einer Kutsche zur Stadt. Die Toten wurden auf dem Stadtfriedhof beerdigt, weil eine Ueberführung zu teuer gekommen wäre. Dann kamen sie nach Hause, Annemarie in Tränen aufgelöst, halb ohnmächtig, ihr Vater leise fluchend. Was nun? Die Mutter

war tot, wer führte den Haushalt. Und das Unbegreifliche geschah, dieses Kind vertrat die Hausfrau. Zuerst halfen ihr einige Frauen aus dem Hause so gut sie konnten. Die Frau des Erbeerbitters, die jedes Jahr geeigneten Leibes war, meine Mutter und die Frau des „Annerwindes“. Aber sie hatten selbst alle Hände voll zu tun. So war das arme Kind doch meist auf sich selbst angewiesen. Und sie hat es geschafft, trotz allem und alledem. Sie besorgte das kleine Schwesterchen, kochte das Essen, sammelte Futter für Gänse und Karmiden. Und war doch erst dreizehn Jahr. Wenn Annemaries Vater bei Nachtschicht frühzeitig oder bei Tagtschicht spät abends nach Hause kam, immer war sie bereit, für ihn zu sorgen. Und der schwergeprüfte Mann vergalt ihr diese Liebe mit fast abgibtlicher Zuneigung und Dankbarkeit. Ich als Erwachsene denke noch heute gar oft an das blasse, schwarzgekleidete Mädchen mit stiller Ehrfurcht. Das war es ja, daß diesem Kinde diese heroische Tat gar nicht zum Bewußtsein kam, daß es diese Arbeiten mit einer Selbsterkandtheit verrichtete, die erschütternd wirken mußte. Dieses Kind wuchs über ihre Jahre, wuchs über sich selbst hinaus. Es sagte sich: ich muß! Und dieses winzige einfache Mäxchen war ihr oberstes, heiligstes Gesetz. Finale: Meine Eltern sind etwa ein halbes Jahr danach verjogen. Ich weiß nicht mehr, was aus Annemarie weiterhin geworden ist. Die Jahre flossen dahin. Heute, wo ich wieder auf den Pfaden der Kindheit wandle und nach dir frage, weiß niemand etwas von dir. Die Jahrzehnte haben deine Spur verwischt. Du bist verschollen. Aber immer, wenn ich im Buche der Vergangenheit blättere, wirst du vor mir aufsteigen: du die Klein, die Hebin! Die Erinnerung an dich, an dein Aeußeres, verblaßt mit der Zeit, wie das zitternde Singen der Lerche in der Nacht, verhaucht. Aber deine Tat wird nie vergessen werden, deine heroische Tat, so lange noch Menschen für die Menschheit wirken und streben. Arthur Jahr.

Lohnsteuererstattungen für 1927.

Allen Anträgen muß die Steuerkarte für 1927 beigefügt werden. Anträge, die nach dem 31. März 1928 eingereicht werden, werden abgelehnt.

I. Wer kann einen Erstattungsanspruch für 1927 stellen?

Jeder Arbeitnehmer, der für das Kalenderjahr 1927 nicht zur Einkommensteuer veranlagt wird, sofern er im Kalenderjahr 1927 mindestens 4 M. Lohnsteuer entrichtet hat und einer der unter II bezeichneten Erstattungsgründe vorliegt. Nicht veranlagt werden die Arbeitnehmer, die nur Arbeitslohn im Betrage von nicht mehr als 9200 M. bezogen haben und die Arbeitnehmer, deren Gesamteinkommen (Reineinkommen) 8000 M. nicht übersteigen hat, wenn in diesem Gesamteinkommen außer Arbeitslohn noch sonstiges Einkommen von nicht mehr als 500 M. enthalten ist.

II. Aus welchen Gründen kann ein Erstattungsantrag gestellt werden?

1. Wenn infolge Verdienstausfalles, z. B. teilweiser Arbeitslosigkeit, Krankheit, Aussperrung, Streit, Kurzarbeit, der steuerfreie Lohnbetrag von regelmäßig 1200 M. und die nach dem Familienstande frei bleibenden Beträge (also z. B. bei einem Ledigen 24 M., bei einem Verheirateten ohne Kinder 26,40 M., bei einem Verheirateten mit einem Kind 28,80 M. wöchentlich usw.) im Laufe des Jahres 1927 nicht voll berücksichtigt worden sind.

2. Wenn im Jahre 1927 die Leistungsfähigkeit durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse wesentlich beeinträchtigt worden ist, z. B. im Falle außerordentlicher Belastung durch Unterhalt oder Erziehung der Kinder, mittellose Angehörige, Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle, und dies nicht schon durch Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages beim Steuerabzug berücksichtigt worden ist.

3. Wenn ohne Vorliegen der unter 1 und 2 bezeichneten Voraussetzungen im Jahre 1927 vom Arbeitslohn Steuerabzugsbeträge einbehalten worden sind, obwohl der Arbeitslohn weniger als die im Einkommensteuergesetz vorgegebenen Freibeträge ausgemacht hat. Diese Freibeträge, auf das Jahr umgerechnet, ergeben sich aus nebenstehender Tabelle A.

III. Wann muß der Erstattungsantrag gestellt werden?

In der Zeit vom 1. Januar 1928 bis zum 31. März 1928. Erstattungsanträge, die nach dem 31. März 1928 gestellt werden, können nicht berücksichtigt werden.

IV. Wo muß der Erstattungsantrag gestellt werden?

Bei dem Finanzamt, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer am 31. Dezember 1927 seinen Wohnsitz gehabt hat.

V. Wie muß der Erstattungsantrag gestellt werden?

1. Bei Verdienstausfall (oben II 1) durch genaue Ausfüllung eines Antragsvordrucks, der von den Finanzämtern nebst einem Merkblatt kostenlos abgegeben wird.

2. Beim Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse (oben II 2) muß der Antrag enthalten:

eine eingehende Darlegung der besonderen Verhältnisse, auf die der Antrag gestützt wird, unter Angabe der Höhe der besonderen Aufwendungen und Befreiung von Belegen (z. B. Rechnungen).

VI. Welche Unterlagen müssen dem Erstattungsantrag beigefügt werden?

1. Die Steuerkarte 1927 und, sofern für den Steuerabzug Steuermarken verwendet worden sind, die Einlagebogen, die im Kalenderjahr 1927 zum Einlehen und Entwerfen von Steuermarken verwendet worden sind oder eine Bescheinigung des Finanzamts über die bereits erfolgte Ablieferung.

2. Eine Bescheinigung des Arbeitgebers, aus der die Höhe des Arbeitslohnes, die einbehaltene Lohnsteuer und Angaben über die Zeit der Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. hervorgehen.

3. Im Falle des Verdienstausfalles infolge Krankheit eine Bescheinigung der Krankenkasse, infolge Erwerbslosigkeit, Aussperrung oder Streik die Erwerbslosenkontrolkarte, eine Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge oder eines Berufsverbandes.

4. Im Falle des Vorliegens besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse Rechnungen und sonstige geeignete Belege.

VII. Welche Beträge werden erstattet?

1. Niemals mehr als im Kalenderjahr 1927 an Lohnsteuer einbehalten worden ist.

2. Wenn infolge Verdienstausfalles durch Krankheit, Aussperrung und Streit, Arbeitslosigkeit die Freibeträge nicht voll gutgebracht worden sind, für jede volle Woche des Verdienstausfalles die sich aus nebenstehender Tabelle B ergebenden, nach dem Familienstande abgestuften Beträge.

3. Bei Kurzarbeitern und Arbeitnehmern, bei denen 1 bzw. 2 Proz. vom vollen Arbeitslohn deswegen einbehalten worden sind, weil ein Zeitraum, für den der Arbeitslohn gezahlt worden ist, nicht festgestellt

werden konnte, der Unterschied zwischen der einbehaltenen Steuer und der Steuer, die sich berechnet, wenn die Freibeträge und Familienermäßigungen vom Arbeitslohn abgezogen werden.

4. Im Falle des Vorliegens besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse ein Betrag, der vom Finanzamt nach pflichtgemäßem Ermessen festgesetzt wird.

5. Wenn trotz Nichterreicherung der Freigrenze (siehe Ziffer II Nr. 3) Steuerabzugsbeträge einbehalten worden sind, der ganze einbehaltene Steuerbetrag.

6. Jahresbeträge unter 4 M. werden nicht erstattet.

VIII. Welches Rechtsmittel kann der Arbeitnehmer gegen die Entscheidung des Finanzamts über seinen Erstattungsantrag einlegen?

In den oben unter II 1 und 2 bezeichneten Fällen den Einspruch, der binnen einem Monat nach Bekanntgabe der Entscheidung beim Finanzamt einzureichen ist.

Tabelle A			Tabelle B		
Anzahl der Kinder	Jahresfreibeträge der Arbeitnehmer		Anzahl der Kinder	Für jede volle Woche des Verdienstausfalles zu erstatten bei Arbeitnehmern	
	mit Ehefrau M.	ohne Ehefrau M.		mit Ehefrau M.	ohne Ehefrau M.
Keine Kinder	1 320	1 200	Keine Kinder	2,65	2,40
1 Kind	1 440	1 320	1 Kind	2,90	2,90
2 Kinder	1 680	1 560	2 Kinder	3,35	3,35
3 "	2 160	2 040	3 "	4,30	4,30
4 "	2 880	2 760	4 "	5,75	5,75
5 "	3 840	3 720	5 "	7,70	7,70
6 "	4 800	4 680	6 "	9,60	9,60
7 "	5 760	5 640	7 "	11,50	11,50
8 "	6 720	6 600	8 "	13,45	13,45

Glänzende Entwicklung der Arbeiterbank.

Als im März 1923 der Vorläufer der Arbeiterbank die Deutsche Kapitalverwertungsgesellschaft m. b. H. mit dem bescheidenen Kapital von 18 000 Goldmark ins Leben trat, hat wohl niemand geahnt, daß die spätere Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. in wenigen Jahren eine so glänzende Entwicklung durchmachen würde. Der Direktor desselben, Genosse Bern Meyer, machte kürzlich in einem Vortrage vor Gewerkschaftsfunktionären von Berlin und der Provinz Brandenburg über die Arbeiterbank erfreuliche Angaben. Am besten geht der Fortschritt der Bank aus der Entwicklung des Einlagenbestandes hervor. Die Einlagen betragen am 31. Dezember 1923 200 000 M., am 31. Dezember 1924 9,4 Millionen Mark, Ende 1925 21,2 Millionen Mark, Ende 1926 36 Millionen Mark und Ende 1927 rund 80 Millionen Mark. Somit weist der Einlagenbestand eine vierhundertfache Steigerung im Zeitraum von vier Jahren auf. Die Einlagen stammen von den Gewerkschaften, der Partei, den verschiedensten Vereinigungen der Arbeiterschaft, der Partei- und Arbeiterbetriebe, den Sozialversicherungsanstalten, von privaten Geschäftsleuten usw. Die Arbeiterbank mußte das Bestreben haben, nicht nur die Gelder der Gewerkschaften, sondern alle die Kapitalsummen an sich zu ziehen, die von den breiten Massen in Organisationen, in Versicherungsanstalten usw. aufgebracht werden. Sie ist die geeignete Stelle, diese Gelder in nutzbringender Weise und im Interesse derer, die sie aufgebracht haben, wiederum zu verwenden.

Der Einlagenbestand der Spargelder weist dieselbe erfreuliche Entwicklung auf. Die Gelder der Arbeiterbank gehen an die Konsumvereine, an die verschiedensten gemeinnützigen Organisationen des Bauwesens usw. Nicht unwesentlich ist der Kommunalkredit, den die Arbeiterbank vermittelt. Viele Gemeinden haben von ihr kurzfristige Kredite erhalten, die nicht zu Kriegerdenkmälern oder ähnlichem Firtelanz, sondern für produktive Wirtschaftsbetriebe der Städte und Gemeinden und den Kleinstwohnungsbau vermandt wurden. Mit Hilfe der Arbeiterbank sind Tausende von Wohnungen gebaut worden, die sonst wahrscheinlich nicht entstanden wären.

Die Arbeiterbank hat zwei Tochtergesellschaften gegründet bzw. erworben, und zwar die Lindcarfabrikwerke und die Büropa. Die Lindcarwerke sind bemüht, Qualitätsräder zu erzeugen und sie zu günstigen Zahlungsbedingungen durch Vermittlung der Ortsausschüsse an die Gewerkschaftsmitglieder abzugeben. Die fernere günstige Entwicklung dieses Wertes dürfte außer Zweifel stehen. Die Büropa ist ein Unternehmen, um die rationelle Büroabdeckungsdeckung der Gewerkschaften herbeizuführen.

Alles in allem ist die Arbeiterbank bereits heute ein wirtschaftlicher Wachsfaktor im Dienste der Arbeiterbewegung. Und doch steht sie erst am Anfange ihrer Entwicklung. Es ist zu erwarten, daß dieses Institut eines der kräftigsten Schrittmacher der Gemeinwirtschaft werden wird. Die Arbeiterbank dazu zu befähigen, ist Aufgabe der Gewerkschaftsorganisationen und jedes einzelnen Mitgliedes.

Rundschau.

Ein Musterbilderbuch. Wiederholt find an dieser Stelle unsere Kollegen vor Irreführung durch einen sogenannten Leipziger Bilderbuchverlag gewarnt worden, auf dessen eigenartigen Geschäftsgedanken übrigens auch von der Büchergilde Gutenberg im Infrateriale des „Korr.“ jenerzeit warnend verwiesen wurde. Neuerdings scheint der ominöse Verlag wieder sein Unwesen zu treiben, wie aus nachstehender Zusage eines Kollegen an uns hervorgeht: „Ich hab's gewagt, ich hab's gekauft, aber — passen Sie auf! Es betraut sich „Ruhestunden im Zoologischen Garten“, als Herausgeber zeichnet „Leipziger Bilderbuchverlag, Leipzig, Breslauer Straße 4.“ Aber ich faulte nicht bloß, ich las den Wortlaut, triftlich veranlagt, wie halt ein Buchdrucker ist, und da fand ich: Grobe Fehler 15, Fehler milderer Art (Satzzeichen u. ä.) gar ein Secht = 60 Stück, d. h. ohne Gewähr, es könnten noch mehr sein. Das Buch schließt mit einem Verstein, das ich aber wie folgt ummudeln möchte: „Wer in dem Buchlein — Fehler fand, der greift nicht nach dem zweiten Band!“ — Nebenbei gesagt, die Dichtkunst feiert ähnliche Triumphe wie die Rechtschreibung. — Und so was wird allüberall den Kollegen angeschlossen, manchmal gar durch Vermittlung von Betriebsräten!“ Vor Reinfallen auf die Reflake des Leipziger Bilderbuchverlegers sei nochmals ausdrücklich gewarnt.

Eine Million Versicherungen! Zahlen beweisen! Sie zeugen von der Macht und Bedeutung eines ganzen Wirtschaftszweiges; sie sprechen auch von der Größe und Leistungsfähigkeit des einzelnen Unternehmens. Seit Bestehen der neuen Währungs ist die Volksfürsorge das deutsche Versicherungsunternehmen, das den größten Bestand an Volksversicherungen hat. Nun hat sie die erste Million Versicherungen erreicht. Mittels wird die Tätigkeit der Volksfürsorge anerkannt. Welche Leistungen aber wird sie erst vollbringen können, wenn sie statt der einen Million Versicherter ein Vielfaches des jetzigen Bestandes haben wird. — Im November 1927 sind bei der Volksfürsorge 36 029 Versicherungsanträge gestellt worden. Das ist seit Bestehen des Unternehmens das höchste Monatsergebnis.

Literatur.

Die Bauhüttenbewegung, ihr Wesen, ihr Ziel und ihre Entwicklung. Für die deutschen Gewerkschaften herausgestellt von A. Ellinaer. Preis 50 Pf. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S. 14.

Gewerkschafts-Wach. Monatsheft für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl A. W. Jena. Dezember 1927. Berlin Karl A. W. Jena, Verlagsgesellschaft, Jena, El.-Tafel-Straße 36. Vierteljahrsabonnement 3,60 M., Wirtschafts-Informationen-Dienst. Schriftleitung Kurt Heintz, Berlin, Ostbahnhof 1927. Berlin Karl A. W. Jena, Verlagsgesellschaft, Jena. Monatlich 1 Dst. Vierteljahrsabonnement 2.— M.

Abrechnungen.

In der Woche vom 19. bis 24. Dezember 1927 gingen aus Hannover 2000 M. für das 4. Quartal bei der Hauptkasse ein. Berlin, den 24. Dezember 1927. H. Loda h l.

Für die Woche vom 1. bis 7. Januar ist die Beitragsmarke für das 1. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu liefern.

Unserem lieben Kollegen Heinrich Berttram nebst Braut zur stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Zählstelle Düsseldorf.

Unserer Kollegin Elisabeth Kronowich und Gemahl die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Zählstelle Steffin.

Unserer Kollegin Maria Pfeiffer zu ihrer am 17. Dezember 1927 mit Herrn Jakob Samwald stattgefundenen Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegenchaft der Witbg. Kunstdruck A.-G., Stuttgart.

Anna Heilmann und Gemahl,
Therese Durch de Bald und Gemahl,
Mina Grode und Gemahl
zur stattgefundenen Vermählung nachträglich unsere herzlichsten Glückwünsche.
Gleichzeitig wünschen wir unserem langjährigen Schriftführer, Kollegen
Jakob Hauser
viel Glück und Wohlergehen zu seinem Eintritt in den Ehestand und danken ihm für seine der Zählstelle Mainz geleistete aufopfernde Tätigkeit.
Die Mitgliedschaft der Zählstelle Mainz.

STERBETAFEL

Am 24. Dezember 1927 verschied unser treuer Kollege
Heinrich Gleißner
(Fa.: Druckerei Badenia)
im Alter von 52 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Zählstelle Karlsruhe.

Am 25. Dezember 1927 verschied plötzlich und unerwartet unsere Kollegin, die Anliegerin
Ida Seidel
im Alter von 41 Jahren, zuletzt beschäftigt in der Firma J. Klinkhardt. Aus ihrer Tätigkeit und Blüthen als Mutter von 5 Kindern wurde sie jäh entziffen.
Ein ehrendes Gedenken bewahrt den Verstorbenen
Die Mitgliedschaft der Zählstelle Leipzig.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schulae Charlottenburg, Mercedesstraße 16
Fernruf: Romi-Weltend 1528 - Verlag: E. Sobahl, Charlottenburg.
- Druck: Bornärrs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S. 68.